

Mittwoch, 20. November 1996

Iraner drohen mit Geiselnahme von Diplomaten

AFP Teheran – Mehrere hundert Hisbollah-Anhänger haben gestern bei einer neuen Protestkundgebung vor der deutschen Botschaft in Teheran damit gedroht, Diplomaten als Geiseln zu nehmen. Die Anhänger der iranischen Hisbollah-Bewegung forderten den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland und eine „schriftliche Entschuldigung“ für die Vorwürfe der Bundesanwaltschaft gegen die iranische Führung im Zusammenhang mit dem Mykonos-Prozess. Andernfalls würden sie die Botschaft in ein „zweites Spionagenest“ verwandeln, drohten die Demonstranten. Damit nahmen sie direkt auf die Geiselnahme von 50 US-Bürgern im Jahr 1979 Bezug, die 444 Tage lang festgehalten wurden. Ein großes Polizeiaufgebot schützte die deutsche Botschaft gestern vor direkten Angriffen.

Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP) bekräftigte, die Bundesregierung habe angesichts der neuen anti-deutschen Proteste in Teheran „Vorsorgemaßnahmen“ zum Schutz der Bundesbürger in Iran getroffen. Einzelheiten nannte der Minister nicht. Ein Sprecher Kinkels sagte, Bonn sei „für alle Eventualitäten gewappnet“. An eine Reduzierung des Botschaftspersonals oder eine Warnung vor Reisen nach Iran werde derzeit aber nicht gedacht. Ebenso wenig werde es eine Aufforderung an Bundesbürger in Iran geben, das Land zu verlassen. In Iran leben nach Bonner Angaben 400 Deutsche, hinzu kommen 38 Diplomaten und ihre Familien.

Die iranische Presse schlug unterdessen deutlich mäßigende Töne an, während sie in den Tagen zuvor massive Kritik an Deutschland geübt hatte. Die Tageszeitung „Teheran Times“ wies in einem Leitartikel darauf hin, daß eine Normalisierung zwischen Bonn und Teheran „nicht unmöglich“ sei.

Europäern, allen voran den Deutschen, in dieser Frage angelegt. Jenen Firmen, die mit Großinvestitionen in Iran die US-Isolationspolitik unterlaufen wollten, drohten die Amerikaner sogar mit Sanktionen.

Num aber wächst im US-Außenministerium sowie im Senat die Erkenntnis, daß Washington mit seinem Starrsinn vor allem ein Land isoliert hat – die USA selbst. Bei einem Treffen im Weißen Haus hatten einflußreiche Senatoren bereits im Spätsommer beklagt, daß Amerika einen der wichtigsten Märkte des Nahen Ostens vom heimischen Markt abkoppelt. Nutznießer seien die europäische und japanische Konkurrenz.

Europäische Diplomaten beobachten denn auch einen Kurswechsel in der amerikanischen Hauptstadt. Demnach gab es bereits Geheimkontakte zwischen den Regierungen in Washington und Teheran. Über die Schweizer Vertretung in Iran seien bereits Botschaften ausgetauscht worden.

Die amerikanisch-iranische Entspannung könnte für Bonn allerdings zu spät kommen. Wenn das Berliner Gericht den Argumenten der Staatsanwälte folgt und die iranischen Mullahs für die „Mykonos“-Morde verantwortlich macht, dürften Kohl und Kinkel den „kritischen Dialog“ kaum fortsetzen können. Schmidbauer rechnet schon jetzt damit, daß „wir auch im humanitären Bereich Probleme kriegen“.

Noch im Juli hatte der Staatsminister in Israel viel Lob und Dank geerntet, weil er den Austausch von Gefangenen und Gefallenen zwischen Israel und der Hisb Allah vermitteln konnte.

Dabei waren Schmidbauer jene Kontakte zustatten gekommen, die der Bundesnachrichtendienst über einen Verbindungsmann – Deckname Gradl – mit der Hisb Allah und dem Dschihad im Libanon pflegt.

Seit Jahren arbeitet Schmidbauer an einem noch größeren Coup: Er will das Schicksal des vor zehn Jahren über dem Libanon abgeschossenen und dann verschleppten israelischen Luftwaffenoffiziers Ron Arad aufklären. Der Fall Arad stört den Friedensprozeß in Nahost empfindlich.

Bei einem Besuch im Libanon traf Schmidbauer Ende Oktober sogar mit dem Hisb-Allah-Führer Hassan Nasrallah zusammen, in dieser Woche will er erneut nach Beirut reisen.

Immer wieder hat der Bonner Kanzlervertraute der israelischen Regierung Hoffnung gemacht, Arad sei noch am Leben. Während im Auswärtigen Amt versichert wird, bislang gebe es nicht ein einziges Lebenszeichen des Piloten, träumt Schmidbauer von einem Triumph: Bis zum Weihnachtsfest will er den Fall Arad klären.